

# Neubauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erkheft wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Verlagsadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postcheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: bis 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restametal 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Neuba — Bankverein Werra.

Nr 32

Sonnabend, den 15. März 1930

43. Jahrgang

## Hindenburg unterzeichnet Youngplan . . .

Die Younggeleihe im Reichstag für dringlich erklärt.

Im Reichstag wurde ein schriftlicher Antrag, gegen die Younggeleihe Einspruch einzulegen, mit 42 gegen die 5 Stimmen von Dipprensen, Brandenburg, Pommern und Thüringen abgelehnt. Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin enthielten sich der Stimme.

Ein besonderer Antrag Dipprensens, gegen das Polenabkommen Einspruch einzulegen, wurde mit 35 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur Pommern, Thüringen, Brandenburg, Grenzmark, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Thüringen und Mecklenburg-Schwerin, während sich Niederösterreich, Bayern, Sachsen, Oldenburg und Bremen der Stimme enthielten.

Auf vorausgehenden Antrag beschloß dann der Reichstag mit 42 gegen 5 Stimmen, die Younggeleihe für dringlich zu erklären.

Dagegen stimmten wieder Dipprensen, Brandenburg, Pommern und Thüringen, während sich Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin der Stimme enthielten.

... aber nicht das Polenabkommen.  
Reichspräsident von Hindenburg hat das ihm vorgelegte Haager Vertragsgesetz unterzeichnet bis auf Teil 10, der das Polenabkommen behandelt. Dieser Teil soll zunächst noch einmal einer verfassungskonformen Prüfung unterzogen werden.

Reichspräsident von Hindenburg wird sich voraussichtlich Anfang nächster Woche mit dem Vertrag halten lassen, ob der Teil des Haager Gesetzes, der das Polenabkommen enthält, verfassungsmäßigen Charakter hat.

## Hindenburg an das deutsche Volk.

Reichspräsident von Hindenburg gibt folgendes bekannt: Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Youngplans sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hundert von Zuschriften zugegangen, die von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten dabei, das Zustandekommen des Youngplans durch die Verweigerung meiner Unterschrift unter die Geleihe und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesen Briefe.

Schmerzen, aber festen Entschlusses habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Younggeleihe mit meinem Namen unterschrieben. Nach Anhörung von Beiratsmitgliedern und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß trotz der schweren Belastung, die der Neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Youngplan im Bereich zum Zweckplan eine Befreiung und Entlastung darstellt und weitgehend ein Fortschritt auf dem schwersten Wege der Befreiung und des Wiederaufbaues Deutschlands bedeutet. Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschlands und meine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unvorstellbar sein und schwere Kräfte mit allen ihren Kräften für unser Vaterland bringen würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Youngplanes uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zuversichtlich, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem belagerten deutschen Gebiet die langgeheute Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, das höchsten Verehrtes, Namen nicht dadurch vor der Geschichte zu verunkeln, daß ich mit ihm diese Geleihe dehe. Hierauf erwidere ich:

Ich habe mein Leben in der großen Schule der Vätererfahrungen, in der alten Weisheit, verbracht und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb lasse ich bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurücktreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volkseigenen oder meinen Akt die Verantwortung von mir abzuheben, bei mir nicht Boden finden.

Der parlamentarische Kampf um die Younggeleihe ist mit deren Verklündung im Reichsgesetzblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volk der Streit um diese Frage beendet sein, der so viel neue Gegenstände hervorgebracht und die von mir von jeher so innerlich empfundene Befreiung in unserer schwergeprüften Vaterlande fast erreicht hat.

Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die erste Mahnung, sich ihre Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Ueberwindung des Fremden- und Gegenfälligen zusammenzufinden in gemeinsamen Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein festes, geländes und starkes deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müßen nunmehr eine entschlossene patriotischen Arbeit Platz machen, welche die Befreiung unserer Finanzen, die Befreiung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Befreiung der ungeheuren Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Befreiung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichsminister vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich über die Erledigung der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen. Vor bald 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel miterlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung begeisterte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeschwunden ist und dauernd in unpatriotischer Jähzornigkeit Platz gemacht hat. Wir müßen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst verlassen und wieder eins werden in dem Gedanken: Deutschland über alles!

gez. von Hindenburg.

## Der Kanzler spricht.

Youngplan mit 270 Stimmen angenommen.

Berlin, 13. März.

Am Regierungssitz: Reichskanzler Müller und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht

die dritte Beratung des Youngplans

und der damit verbundenen Geleihe. Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, die Verklündung der Younggeleihe für zwei Monate auszusetzen.

Das Wort nimmt sofort

Reichskanzler Müller.

Die Annahme des neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Werk war für Deutschland die Befreiung der Rheinlande sowie die Neuordnung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung setzt sich auch jetzt bei Beginn der dritten Sitzung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabreichung aller dieser Geleihevorlagen ein. Sie hat in keinem Stadium der Verhandlungen ein Ziel daraus gemacht, daß der Sachverhandlungsplan und die zu seiner Infratellung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Ueberzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben, und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Anschlagelagene muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht.

Die Reichsregierung erklärt mit voller Ueberzeugung, daß sie in der Neuordnung eines Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt.

Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zusatzleistungen auferlege, die der Sachverhandlungsplan nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Uebertragung, den Gegenwert für das verlorngegangene Staatseigentum in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Annahmen der Sachverhandlungen hinaus nicht in Frage. Der Young-Plan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen. Zu den Beträgen aus der Uebertragung hat der Young-Plan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gemessenen Sachverhandlungen schon damals Deutschland das Recht auf die Ueberlieferung beiträten und die Sachverhandlungen sich deshalb nicht einigen konnten.

Die Verträge, die Deutschland auszusprechen mußte, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung der Sachverhandlungen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverhandlungen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegenzusetzen konnten.

Auch die Zahlungen auf die belagerten Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverhandlungen müeten selbst den belagerten Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Verichts nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Ueberzeugung die Unterzeichnung des Young-Planes ablehnen.

Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der ausdrücklichen Verpflichtung, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück auf dieser Freiheit

ist Selbstverantwortung, auch für die Uebertragung der Reparationszahlungen an das Ausland.

Alle Mißbräunungen und Zweifel in der Sanftionsfrage

find unbegründet. Durch die Befreiung der Reparationsleistungen und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanftionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden.

Die Nennung der belegten Geleihe

ist mit der Annahme der vorliegenden Geleihe geknüpft. Erhöhten Sinnes sehen wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande festlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Bewahrhaft bleibt allerdings, daß

die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Sanierung der Finanzen.

Vor allen Dingen aber ist eine Sanierung der Finanzen und Sanierung des Meides, der Sünden und Gemein den die unerlässliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen.

Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparfamkeit aufgestellt und durch höhere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundlag für den außerordentlichen Haushaltsplan hat die Regierung festgelegt: 1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihenbedarf erst dann wieder in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichshauptkammerpräsidenten bereitgestellten Mittel eingegangen werden.

Die Erwerbslosigkeit

wird sich, wenn es nach der Annahme des neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so ungünstig auswirken wie zurzeit. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen. Neue rasch wirkende Maßnahmen gegen die Agrarnot

sind in Vorbereitung. Die Einführung entscheidender Nahrungsmittel kann nur geredetfertig werden, soweit die Produktionskräfte des Landes nicht ausreichen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müßen die Roggenvorräte aus zwei guten Ernteernten im Lande verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken, die nahezu 450 Millionen Mark im Jahre erreicht.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen. Die Führt vor politischen Unruhen fördert die Kapitalflucht. Ganz zu unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Putschgeleihe von links und rechts rechtschaffen ins Reine zu unterdrücken. Die deutsche Republik steht heute unerschütterlich da.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von der Mehrheit vielfach mit Beifall begleitet, während die Opposition an verschiedenen Stellen lebhaften Widerspruch erhob. Großer Lärm erhob sich namentlich auf der Rechten, als der Kanzler erklärte, daß niemand über die Ausrichtungen des Youngplans Sicheres prophesieren könne. Abgeordneter Gabels (Nat.-Soz.), der dem Kanzler erregte Zurufe machte, wurde zur Ordnung gerufen. Am Schluß fand die Kanzlerrede bei der Mehrheit starken Beifall, während bei den Kommunisten Beifall erklangen.

Abgeordneter Daud (D. Sp.)

gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Kenia eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, weil laut England den neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Bestätigung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Zahlung Englands bebauert, aber die Forderung ausgesprochen, daß sich auch bei der deutschen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Abgeordneter Wallat (Analt.)

verweist auf die Erklärung in der Reichskanzlerrede, daß die Regierung mit allen Machtmitteln ausgerüstet sei, um Aufbegehren von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, daß die Regierung den Entwurf des neuen Reichshauptkammerpräsidenten zurückweisen solle. (Seitens rechts.) Wir begreifen mit großer Freude die Befreiung des Rheinlandes, aber wir vergleichen nicht die immer wiederholte Erklärung der treuen rheinischen Bevölkerung, daß die Befreiung nicht erlaubt werden soll durch neue Ketten und neue Pfähen. Wir vergessen auch nicht, daß die Befreiung des Saargebietes mit jeder treu deutschen Bevölkerung noch nicht erreicht ist.

Das Verhalten unserer Vertragspartner erinnert uns an den Rücktrittparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs.

Danach treibt Wauer, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unerfahrenen, des Leichtsinns

aber der Vorlage eines anderen Verfass. Wir wollen dem Reichspräsidenten in aller Ehrerbietung Gehör geben, nochmals zu prüfen, ob er unter dieses Dokument seinen weltgeschichtlichen Namen legen will. (Beifall rechts.)

#### Abgeordneter Dr. Brüning (34.)

erklärt, die gütige Vernehmung der getragenen Zentrumserklärung in der Reichspresse zeige, daß das Zentrum den richtigen Weg gegangen ist. Mit diesem Gegebenen werde teurer dem Young-Plan zustimmen. Entschieden für unsere Haltung zum Young-Plan sind wirtschaftliche Heberlegungen. Der Young-Plan ist kein Vertrag zwischen gleichmächtigen Gegnern, er ist und bleibt ein Diktat, und nur diesem Diktat folgen wir uns. (Beifall.) Der Redner verliest dann

#### zwei Anträge

die die Regierungsparteien eingebracht haben. Der erste Antrag billigt die Erklärung des Reichstanzlers und mündet sich in der Verpflichtung der beteiligten Regierungen, alle Streitfragen der Auslegung und Anwendung des Neuen Plans der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen, die Ausführungen über die Freizügigkeit des Handels, über die Funktionen des beratenden Sonderausschusses und über das Wörtartum. Zum Schluß wird erklärt, daß der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht. — Der zweite Antrag ist in der Form einer Entschließung eingebracht und weist darauf hin, daß der Neue Plan über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus von den politischen Machtverhältnissen bestimmt worden ist. Einzigartig seiner Durchführung enthält der Plan selbst die notwendigen Sicherungen, die es bei gutem Willen ermöglichen, das Wesen der wirtschaftlichen Kernkraft zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen. Darüber hinaus werde Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Verfallenen Vertrag geschaffenen Lage entgegenzutreten. Der Redner fährt dann fort:

Wir hätten in der Reichstagsrede eine schärfere Formulierung der Erklärung gewünscht, daß die Finanzsicherung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Berechtigung des Young-Plans getrennt ist. Uns ist es mit dieser Forderung abtrotz.

Wir werden unverzüglich politische Konsequenzen ziehen bei Veränderung der Finanzverhandlungen oder bei Schaffung von erneuten Schwierigkeiten. Wir erwarten, daß nach der Entscheidung für den Young-Plan die innere Zerstückelung aufhört, damit wir vertrauensvoll arbeiten können an einer besseren Zukunft unseres Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Neben den Kommunisten haben inzwischen auch alle übrigen Oppositionsparteien beantragt, die Verlesung der Young-Plan-Entscheidung. Die Kommunisten haben einen Wahtrahensantrag gegen den Reichstanzler eingebracht.

#### Die Abstimmungen.

Unter allgemeiner Spannung werden dann die Abstimmungen vorgenommen. Zunächst wird über den Artikel 1 des Young-Plans namentlich abgestimmt. Dagegen stimmt wieder die gesamte Opposition. Mit ihr stimmen diesmal aber auch die meisten Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, die sich in der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten hatten. Der zentralen Opposition der Bayerischen Volkspartei, Abgeordneter Leist, enthält sich der Abstimmung.

Der Artikel 1 wird mit 266 gegen 193 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Die übrigen Artikel der Vorlage gelangen in einfacher Abstimmung zur Annahme. Es folgt dann die Schlußabstimmung über den Young-Plan mit dem Nebenabkommen.

Die Schlußabstimmung ergibt die Annahme des Young-Plans mit 270 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen. Die delegationsnationalen Entschlüsse, die sich mit der Revision des Young-Plans, der Sanktionsfrage und dem Aufbruch der Tribunaalbildung auf Finanzfragen und Steuerfragen beschäftigen, werden abgelehnt. Angenommen wird die Entscheidung der Regierungsparteien über die Richtlinien der künftigen deutschen Außenpolitik.

Es folgt die namentliche Schlußabstimmung über das Reichsbahngesetz.

Es wird mit 299 gegen 156 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Über das Bankgesetz wird namentlich abgestimmt. Es wird mit 317 gegen 150 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

Zugelassen wird nach der Entscheidung der Regierungsparteien, wonach die künftigen Geld wieder längere Zeit dem Geldebau der Gebiete zur Verfügung stehen sollen, aus denen die Gelder stammen. Ebenso wird eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, die die Vorlegung einer Zusammenstellung über sämtliche Besätze der Reichsanstalten und hohen Beamten der Reichsbahn und der Reichsfinanz fordert.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen wird in einfacher Abstimmung genehmigt.

Bei den Liquidationsverträgen wird wieder zunächst über das Polenabkommen abgestimmt. Unter lebhaften Protesten der Rechten wird das Polenabkommen mit 236 gegen 217 Stimmen bei acht Enthaltungen angenommen.

Sämtliche Liquidationsverträge wurden in der Schlußabstimmung mit 266 gegen 194 Stimmen angenommen.

Mit 277 gegen 169 Stimmen bei 13 Enthaltungen wurde der kommunalistische Wahtrahensantrag abgelehnt. Darauf wurde der Antrag der Regierungsparteien, die die Erklärung des Reichstanzlers billigt, mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Damit ist die dritte Lesung der Young-Plan-Entscheidung. Das Haus verlegt sich auf Donnerstag, 2 Uhr: Republikanisches Gesetz.

#### Brüning beim Reichspräsidenten.

##### Die Finanzausgaben.

Ueber die Unterredung des Reichspräsidenten mit dem Reichstanzler des Zentrums Brüning, mit dem Reichspräsidenten wird mitgeteilt,

daß der Reichspräsident erkennen ließ, eine Annahme des Youngplans mit einer nur geringen Mehrheit würde ihn vor die Frage stellen, ob der Youngplan erneut zum Volkswort gestellt werden solle.

Der Reichspräsident betonte, daß die Zentrumspartei aus materiellmässigen Verantwortungsbedürfnissen unbedingt Sicherheit dafür haben müsse, daß rechtzeitig die Gelege zur Sicherung der Reichsfinanzen in Kraft treten.

Der Reichspräsident erklärte darauf, daß er von demselben Standpunkt auszugehen sei und daß er von allen verfassungsmässigen Mitteln Gebrauch machen werde, um die rechtzeitige Regelung der Finanzfragen zu bewerkstelligen.

Dr. Brüning gab in einer darauffolgenden Sitzung der Fraktion von dem Inhalt seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten Kenntnis.

Im Reichstag ist nach der Annahme der Young-Gesetze in dritter Lesung eine gewisse Entspannung eingetreten. Nachdem die Regierung sich unabhängig von den Parteiverhandlungen, über das sogenannte Weimarer Finanzprogramm durch den Mund des Reichsfinanzministers im Reichstag zu dem alten Moldenhauer'schen Finanzprogramm bekannt hat, werden sich die Dinge praktisch in der Weise entwickeln, daß die vier Regierungsparteien die hinter dem noch keineswegs endgültig feststehenden Weimarer Programm stehen, nach Verweilung des Moldenhauer'schen Finanzplanes an den Reichstag im Haushaltsauschuss des Reichstages entsprechende Anträge stellen dürfen. Dies wird kaum vor Anfang nächster Woche geschehen können. Selbstverständlich bleibt es auch zu dem Moldenhauer'schen Programm zu stellen. Unter diesen Umständen verlieren die weiteren Finanzverhandlungen der Parteien vor den Ausschüssen an praktischer Bedeutung. In parlamentarischer Kreislage ist die Regierungseinstellung nicht mehr akut.

#### Wieder Einigung in Thüringen

Weimar, 14. März.

Die Spannung im thüringischen Kabinett wegen der Rede des Innenministers Fritz im Reichstag ist heftigster Art. Allerdings wird Minister Dr. Winterlich nicht auf die ihm als Koalitionspartner hart angetragene Erklärung der Deutschen Volkspartei eingehen.

Die Einigung zwischen den Parteien ist durch eine inzwischen angenommene Erklärung zum Ausdruck gekommen, in der gesagt wird, Dr. Winterlich hat keine Erklärung im Reichstag ohne besondere Auftrag abgegeben, in der Sache aber er jedoch recht und habe mit seiner Erklärung — die er schließlich auch in seiner Eigenschaft als Reichsstaatsminister hätte abgeben können — nur den Standpunkt des thüringischen Kabinetts zur Young-Planfrage zum Ausdruck gebracht.

#### Gleichgewicht am Arbeitsmarkt.

Geringes Sinken der Erwerbslosenziffer.

Berlin, 13. März.

In der Woche vom 3. bis 8. März kam das Anwachsen der Arbeitslosigkeit zum Stillstand. Die Zugänge von neuen Arbeitslosen konnten erstmals durch die Abgänge an Arbeitslosen ausgeglichen werden. Die Arbeitslosigkeit in den Aufstellungen ist also langwieriger Natur, das konjunkturelle Minimum der Beschäftigungsgrade liegt tiefer als in den Vorwochen fort. So kam das Gleichgewicht dadurch zustande, daß die aufsteigenden Kräfte etwas stärker und die abgleitenden etwas schwächer geworden sind.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der verfassungsmässigen Arbeitslosenversicherung, die am 28. Februar nach der endgültigen Meldung 2 378 521 betrug, ging in der Berichtswoche auf 2 363 000 zurück; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung betrug am 28. Februar 277 202; sie stieg nach den Meldungen inzwischen noch schwach um etwa 1000 Personen an. Der Schwerpunkt der winterrischen Arbeitslosigkeit dürfte demnach am 28. Februar bei 655 723 Hauptunterstützungsempfängern liegen.

#### Konstituierung der B33. verschoben

Bern, 14. März.

Die Konstituierung der Bund für internationalen Zahlungsausgleich hat eine Verzögerung um einen Monat erfahren, weil die deutschen Delegierten zum Verhandlungstisch noch nicht beiseite gesetzt werden konnten. Ihre Ernennung wird erfolgen, nachdem der neue Reichsbankpräsident Dr. Lutzer sein Amt übernommen haben wird. Unter diesen Umständen wurde die Verhandlungsabstimmung der B33, die auf den 15. März anberaumt worden war, auf den Monat April verschoben. Die für den 1. April vorgesehene Gründung der Bund wurde auf den 1. Mai hinausgeschoben.

#### Aus dem In- und Auslande.

Keine deutsche Volkspartei in Warschau.

Berlin, 14. März. Durch die Presse gingen Meldungen, daß beabsichtigt sei, die deutsche Gesandtschaft in Warschau und die polnische Gesandtschaft in Berlin in Reichshäusern umzuwandeln. Wie von polnischer Seite mitgeteilt wird, sind im Reichshaus keine Mittel für die Umwandlung der deutschen Gesandtschaft in Warschau in eine Botschaft vorgelegen. Es ist also mit einer Umwandlung nicht zu rechnen.

Der Reichspräsident beglückwünscht Staatssekretär Dr. Meißner.

Berlin, 14. März. Der Reichspräsident hat dem Staatssekretär Meißner zu seinem 50. Geburtstag seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen und ihm seinen Dank für die ihm und seinem Vorgänger geleisteten Dienste abgelehnt. Ferner beglückwünscht Reichspräsident und Reichsregierung den Staatssekretär.

Deutsches Eigentum in USA.

Berlin, 14. März. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat das Gesetz, durch das die Frist zur Anmeldung von Ansprüchen deutscher Vermögensgegenstände während des Krieges in den Vereinigten Staaten befristeten deutschen Eigentums um ein weiteres Jahr, also bis zum 10. März 1931, verlängert worden ist, genehmigt und damit in Kraft gesetzt.

Die Schulreform in Frankreich.

Paris, 14. März. Die Kammer beabsichtigt sich mit der Frage der Einheitschule. Unter anderen ergreift auch Ministerpräsident Laniel das Wort. Alle Regierungen von Bonaparte angefangen, hätten stets eine grundlegende Schulreform verabsichtigt. Es vermag der Kammer, im Juni dieses Jahres nach

einer gewissen Verlässlichkeit die Aussprache über die endgültige Durchführung der Reform wieder aufzunehmen.

#### Unterstützung der amerikanischen Landwirtschaft.

London, 14. März. Der amerikanische Senat hat nach Washington Meldungen 400 Millionen Mark zur Verfügung der landwirtschaftlichen Verwaltung gestellt. Weitere zwei Milliarden Mark sind für einen Fonds bestimmt worden, der errichtet werden soll, um eine wirksame Absatzorganisation für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu schaffen und die Landwirtschaft in Zeit der Not wirksam zu unterstützen.

#### Keine politische Meldungen.

Konstantin Draganow in Rom eingetroffen. Monaghan Draganow ist aus Ungar kommend, in Rom eingetroffen, wo er einige Zeit weilen wird, um nach Rom und Kardinalstaatssekretär Bassetti Besprechungen für seine künftige Tätigkeit als Kammer in Deutschland entgegenzunehmen.

Aufhebung der Zensur in Spanien. Auf die dringlichen Vorstellungen der Vertreter der spanischen Presse ist wurde die Zensur für die ausländischen Berichtshalter aufgehoben.

Bürgermeister Scholz Berlin Reichstagsmitglied. Der Magistrat wählte zum Reichstagsmitglied für seine künftige Tätigkeit für die Reichstagsmitglieder Scholz und als seinen Vertreter Stadtrat Wulff.

#### Aus der Umgegend

Bebra, 15. März.

— **Volkstraumtag.** Durch das noch bestehende Verbot öffentlicher Lustige ist es den unterirdischen Vereinen nicht möglich, wie in den Vorjahren in geschlossener Zune zum Gottesdienst und nach dem Gottesdienst zum Dombau zu marschieren. Es wird durch ein Vorhaben der beiden gewerblichen Kräfte am Dombauhof niedergelegt werden.

— **Schneetreiben.** Nach dem Sinken der Temperatur seit Dienstag dieser Woche kam in der vergangenen Nacht ein Schneefall, der in kurzer Zeit die Landschaft mit einer weissen Hülle einbedeckte. Heute morgen sah es recht winterlich aus und mancher Sportler mag wohl schon an seine bis jetzt unbenutzten Schneeschuhe gedacht haben. Die Freude aber konnte in dem nicht von Dauer sein, denn der Frühwind hat schon wieder alles aufgefressen und die Mär-tanne recht bald mit der weissen Schneedecke auf, obwohl das Ziel noch anheilt.

— **Landarbeiter-Verband.** Die diesjährige Ortsgruppe veranstaltet heute (Sonntag) im Saale des „Breitfeldens Hof“ einen Unterhaltungsabend, bei dem das Volksdrama: „Wenn du noch eine Mutter hast“ zur Aufführung kommen wird. — An das Theater wird sich ein Vollanfall halten.

— **Stadt-Lichtspiele.** Der Bedeutung des morgigen Sonntags als Volksrausgang müssen auch die Spielprogramme der städtischen Lichtspiele tragen. Es wird daher die Unterhaltung in den Stadtblümpchen keinen humoristischen Charakter haben, aber dennoch vom Publikum mit Interesse verfolgt werden.

— **Salon-Konzert.** Am Sonntag „Zur Burg“ veranstaltet am Sonntag Herr Stadtmusikdirektor Stein ein Salonkonzert, dessen Programm der Bedeutung des Tages angepaßt sein wird. Ein niedriger Eintrittspreis ermöglicht den Besuch Musikfreunden aller Stände.

— **Wichtig für den Einzelhandel!** Die Industrie- und Handelskammer zu Halle veranstaltet im Rahmen ihrer Sonderhochschule zum ersten Male auch eine Einzelhandels-Woche. Es sind hierfür 4 Vortragsabende mit Lichtbildern und Film vorgesehen und zwar am 18., 19., 24. und 25. März 1930, ebenfalls 8 Uhr pünktlich in der Industrie- und Handelskammer, Franzstr. 5 (Großer Sitzungssaal). Teilnehmerkarte für alle vier Abende kostet 5 Mk., für einen Abend 1.50 Mk. Karten können ebenfalls vor den Vorträgen gekauft werden. V. Spelke, in denen der Vortragsstoff für die einzelnen Abende näher geteilt sind, können von der Industrie- und Handelskammer zu Halle a. S., Franzstr. 5 angefordert werden.

— **Achtung Kriegerelement!** Der Zentralverband deutscher Kriegerelemente und Kriegerelemente, Reichsweite Arbeiter, teilt uns mit, daß die Frist für die Stellung von Anträgen auf Güterverpachtung läuft nach den gegenwärtigen Bestimmungen am 31. März 1930 ab. Verpachtungsanträge von Kriegerelementen müssen also spätestens bis zu diesem Tage beim zuständigen Verpachtungsausschuss eingegangen sein, da sie später nicht mehr gestellt werden können, wenn die Frist hierzu nicht verlängert wird. Das wird in zahlreichen Fällen zu ähren führen, da man die Kriegerelemente einen Antrag bis zum Ablauf der Frist an dem Grunde nicht stellen können, weil sie ihnen die erforderlichen Voraussetzungen der Verpachtung 1 über der Grundbesitzverhältnisse zum Zeitpunkt nicht erfüllt hat. Der Zentralverband hat deshalb bereits Schritte zur Änderung der gesetzlichen Bestimmungen eingeleitet. Kriegerelemente sind gemäß für die Dauer der Verpachtung, wenn der Grundbesitzer oder Stellvertreter der Grundbesitzer geneigt ist oder nach den Ausdrücken aus dem Willkürdienst geworden wäre. Bedingung ist nur, wer erwerbsfähig ist oder als Mutter das 50. Lebensjahr und als Vater das 60. Lebensjahr vollendet und seinen Unterhaltanspruch gegenüber Personen hat, die imstande sind, ausreichend für ihn zu sorgen; außerdem ist die Bewilligung von Güterverpachtung davon abhängig, daß ein bestimmtes Einkommen nicht überschritten wird. Näheres Auskunft erteilt Kamerad Karl Wink, Arbeiter, Hermann-Frankestr. 3.

— **Naumburg.** Mittel für die Gerichtsneubauten in Naumburg und Sommerda. Im Kreislichen Landtag wurde bei der Beratung des Haushalts der Zustimmung für das Rechnungsjahr 1930 folgenden Antrag eingebracht: Das Staatsministerium wird ersucht, in den Haushaltsplan für 1931 eine erste Rate für den Bau eines Gerichtsgebäudes in Naumburg und die erforderlichen Mittel für den Ausbau des Amtsgerichts Sommerda, Bezirk Naumburg, einzuschlagen.

— **Weimar.** Rinderfäden ein Wald in Brand. Beim Rinderfäden bemerkten harten Rauch im Waldhain beim Schloß Weimar. Mit Streichhölzern spielende Kinder hatten den Brand verurteilt, der bereits einen halben Hektar Grassäule vernichtet hatte. Ortsbrandmeister und Gemeindevorsteher erschienen rechtzeitig an Ort und Stelle, um den Brand einzubämmern.

— **Leipzig.** Drei Leipziger „Räuber“ an der W. in Leipzig. Drei Leipziger „Räuber“, die sich in der Bekohlschule unbeherrschbar hatten, wurden durch einen Einbruch in den Bekohlschule übergeben. Sie gaben an, ihnen in Leipzig wohnhaften Eltern aufzufinden zu sein. Sie hätten in einem Leipziger Kaufhaus Feuerwerksgewehre erstanden und seien, auf den Eltern verurteilt, durch den Bekohlschule gemacht worden sei.

aus Angst vor Strafe ausgerufen. Die drei hoffnungs-  
vollen „Mädchen“ wurden in polizeiliche Verwahrung ge-  
nommen.

**Salle.** Die gestohlene Drehorgel. Einen  
schweren Verlust erlitt hier ein armer Drehorgelmann da-  
durch, daß ihm in einem hiesigen Gasthause ein von ihm  
gestohlenes Klavier im Instrumenten geschloffen wurde. Die  
Orgel, deren besaundersen Klänge der Mann seinen  
Lebensunterhalt zu verdienen hatte, hatte einen Wert von  
etwa 250 Mark.

**Salle.** „Hoffnungsvoller“ junger Mann.  
Die aus Halberstadt berüchtigt wird, wurde dort ein Brand  
aus, durch den etwa 60 Kiloete, die für den Landbesitz be-  
stimmt waren, vernichtet wurden. Das Feuer ist durch  
Selbstentzündung von Feuerwerkskörpern entstanden. Der  
Besitzer des Kiloetes mit dem feuergefährlichen Inhalt  
wird für den erheblichen Schaden ersatzpflichtig gemacht  
werden.

**Nordhausen.** Feuer in der Palettkammer. In  
der Palettkammer des Hauptpostamtes brach ein Brand  
aus, durch den etwa 60 Kiloete, die für den Landbesitz be-  
stimmt waren, vernichtet wurden. Das Feuer ist durch  
Selbstentzündung von Feuerwerkskörpern entstanden. Der  
Besitzer des Kiloetes mit dem feuergefährlichen Inhalt  
wird für den erheblichen Schaden ersatzpflichtig gemacht  
werden.

**Weisshof.** Spannende Szene an Bahn-  
übergang. Eine spannende Szene ereignete sich an  
einem Bahnübergang bei Weisshof. In dem Augenblick,  
als ein Zug nach dem Auto vor die Schranke, durch-  
brach sie, fuhr über die Gleise und machte neben der zweiten  
Schranke halt. Zum Glück drehte sich der Gefährliche um  
seine Seite und gab so die Strecke frei, der Zug brauste  
vorbei, ohne daß es zur Kollision kam. Wie schnell sich der  
Vorfall ereignete, muß man sich denken, daß beim  
Durchfahren des Autos die aufgestellten Steine des  
Bahnkörpers in die Maschine des Zuges flogen und die  
Fensterbrüche zerrümpelten.

**Eisenach.** Wiederbeginn der Arbeit an  
Feldbahn. Nach einer Mitteilung der Reichsbahn-  
direktion wird mit den Arbeiten der Zuschüpfung des  
Feldbahnstammes die einige Zeit still lagen, nunmehr  
wieder Mitte April begonnen werden. Die finanziellen  
Schwierigkeiten der Baufirma, die die eigentliche Ursache  
der Unterbrechung der Arbeiten waren, sollen, wie ver-  
lautet, behoben sein. Mit der Wiederaufnahme der Feld-  
bahnarbeiten ist den Eisenbahnbediensteten wieder Ge-  
legenheit geboten, Verdienste zu finden.

**Saalfeld.** Von einem Baum in die Höhe.  
Sein Holzfallung verunglückte der Arbeiter Frieder aus  
Schmiedebach dadurch, daß beim Wenden eines Baum-  
stammes der Stamm den Abhang hinunterrollte und den  
Mann daran fest, daß der Tod noch länger Zeit eintrat.  
Der Verunglückte fand in den 40er Jahren und hinterließ  
Frau und Kinder.

**Eisenach.** Die ungeliebten Radioteuern.  
Zum Ausgleich des Staats haars der Stadtrat die Erhebung  
einer Steuer für das Halten von Radiosparten vor-  
geschlagen. In einer Versammlung der Radiobesitzer  
Gesellschaft wurde hiergegen protestiert. In einer  
Sitzung wurde zum Ausdruck gebracht, daß wegen der übertrieben  
und rückwärtigen Einführung der Steuer die Mitglieder  
des Vereins geschlossen ihre Rundfunkanlage bei der  
Reichspost kündigt werden.

## Aus Nah und Fern.

**Magdeburg.** Wegen falschen Fahrens in den  
Tod. Auf der Chaussee Borsdorf-Groß-Schwedten be-  
gegnete dem Motorradfahrer Reiffel aus Groß-  
Schwedten der Radfahrer, Klempnermeister Blume, der  
unvorsichtiger Weise fuhr. Durch die gegebenen Signal-  
signale veranlaßt, verfuhr der Radfahrer die rote  
Straßenleuchte, wurde jedoch vom Motorrad-  
fahrer erfasst und auf die Straße geschleudert. Der Motor-  
radfahrer kürzte gleichfalls und beide Fahrer erlitten  
schwere Verletzungen und blieben bewusstlos liegen. Ein  
heftigeres Krankenhaus brachte die Verunglückten ins  
Krankenhaus, wo der Klempnermeister Blume seinen  
schweren Verletzungen erliegen ist.

**Hamburg.** Glänzender Verkauf der Robe-  
sack Albert Ballin. Der Hauptagentur „Hamburg“  
Ballin, der wie sein Schwelmerhelfer „Hamburg“  
in den vergangenen Monaten mit neuen Turbinen, Kesseln,  
Schrauben und Wellen ausgestattet und in seiner An-  
einrichtung bedeutend verbessert worden ist, hat die Ver-  
kauf von Ballin & Co. zu seiner Veräußerung verlassen. Die  
Fahrt war in jeder Hinsicht ein voller Erfolg. Die 28 000  
Mark für die laufende Maschinenanlage arbeitete vorzüglich.  
Das Schiff hat die mit der Werft vereinbarte Geschwindig-  
keit voll erreicht und fuhr ohne Vibration. Dampfer „Al-  
bert Ballin“ wird seine erste Ausreise im neuen Schnell-  
dienst Hamburg-Neuport der Japan am 31. März an-  
treten.

**Hamburg.** Unfall eines Güterzuges. Vor der  
Einfahrt zum Hamburger Hauptbahnhof entgleiten drei  
Wagen eines Güterzuges. Die Wagen stellten sich quer und  
stützten zum Teil um, so daß die Vorort- und Fernbahn-  
gleise zwischen Hamburg und Altona mehrere Stunden ge-  
sperrt waren.

**Chemnitz.** Schweres Automobilunglück bei  
Chemnitz. Auf der Zwickauer Landstraße ereignete sich  
ein schweres Automobilunglück. Ein Auto fuhr mit einem  
Radfahrer zusammen und raste dann gegen einen Baum.  
Der Radfahrer und die drei Insassen des Kraftwagens  
wurden schwer verletzt ins Krankenhaus überführt. Kurz  
nach der Entlieferung ist der Radfahrer seinen Verletzungen  
erlegen. Der Zustand der übrigen Verletzten ist äußerst be-  
denklich.

**Frankfurt a. M.** Was ein Mädchen werden  
will. In einer der hiesigen Gasthäuser wurde am hellen Tage ein Einbruch in ein Parfümerie-  
geschäft ausgeführt. Der Dieb hatte sich in der Mittagspause  
an einem Stuhl in einem etwa drei Meter tiefen und sehr  
engen Schacht hinabgelassen. Als Täter wurde schließlich  
ein knapp 17jähriger Junge ermittelt.

**Helm.** Mit Verletzungen bei einem Verkehrs-  
unglück. In Helm-Dellbrück stieß ein mit Arbeitern be-  
legter Autolasterwagen mit einem Kleinbahnzug zusammen.  
Die acht Insassen des Kraftwagens wurden sämtlich verletzt,  
darunter zwei schwer. Die wurden von drei Krankenträgern  
der Feuerwehr zum Krankenhaus nach Helm-Katze gebracht.  
Das Auto wurde fast vollständig zerstört, dagegen sind die Ver-  
wundungen am Kleinbahnwagen nur leicht.

**Glauchau.** Zuchthaus für Gefährliche. Das  
Zuchthaus wurde den landwirtschaftlichen Bedin-

Sünder, der aus Rache verurteilt hatte, den Gutsbesitzer  
Gander in Bärdorf und dessen Frau zu vergiften, zu 3 1/2  
Jahren Zuchthaus.

## Die Tannaer Möder verhaftet

Schleht. Die Mörder der 60 Jahre alten Arbeiterin  
Eina Trampler, die wie gemeldet, zwischen Hirshberg und  
Tanna ermordet aufgefunden wurden, sind ermittelt und  
festgenommen worden. Es handelt sich um den in Schlei-  
gebornen, 20 Jahre alten, arbeitslosen Metallendreher Willi  
K d b j m a n o s k i und den ebenfalls in Schlei-  
gebornen 27jährigen Arbeiter Josef S c h l e h t, die  
beide in Schlei bei ihren verarmten Müttern wohnen.  
Die Täter haben bereits ein Geständnis abgelegt.

Sie hatten sich in Schlei einen Revolver mit Munition  
gekauft mit dem festen Voratz, die Frau Trampler zu  
erschlagen und ihr ihren Körper abzunehmen. Daß  
sie diesen Freitags auf dem Seimweg in ihrem Speisestüb-  
chen verbergen pflegte, hatten sie von der Braut beholds  
erfahren, die mit der Frau Trampler in der Hirshberger  
Werkfabrik zusammenarbeitete. Am Tage der Tat hatte  
die Arbeiterin jedoch das Geld gegen ihre Gewohnheit  
nicht im Speisestübchen, sondern in der Küchentisch-  
schublade, wo es sich nach Auffindung der Ermorderten auch noch  
fand.

## Neues Hochwasser droht in Südfrankreich

Paris, 14. März.

Die Garonne und der Tarn sowie verschiedene  
Nebenflüsse sind weiter gelliegen und zum Teil bereits  
über die Ufer getreten. In einigen Fällen hat das Wasser  
eine Höhe von sechs bis neun Metern erreicht. Man rechnet  
mit einem weiteren Steigen, da in dem benachbarten  
talen Regenfälle niedergehen. Dagegen unmittelbare Ge-  
fahr nicht besteht, ist die Bevölkerung auf alle Fälle  
gewarnt worden. Man hat bereits mit der Räumung der  
dem Wasser liegenden Häuser der Ortschaften ange-  
nommen.

## Gefahr auch in Spanien

Caracasone, 14. März.

Infolge der jetzt drei Tagen ununterbrochen anhaltenden  
Regenfälle ist die Aude um vier Meter gestiegen; es be-  
steht eine unmittelbare Gefahr. Die Nebenflüsse der Aude  
sind jedoch bereits über ihre Ufer getreten und die an  
ihnen entlangführenden Straßen sind über-  
schwemmt.

## Kleine Chronik.

Ein 57jähriger begehrt Muthilfe. Die Polizei in  
Brünn verhaftete den 57jährigen Franz Kahobli, der viele  
Jahre ein Verhältnis mit seiner 17jährigen schwächlichen  
Tochter unterhielt. Vor kurzem gebar das Mädchen  
einen Knaben, den Kahobli im Keller erschlug.

Neues Schnellzugpaar auf der Strecke Eger-Karls-  
ruhe. Nach einer den Mitgliedern des Zentralen Eisen-  
bahnrates vom Reichsminister für Eisenbahnwesen  
ausgegebenen Mitteilung wird die Veranlagung der  
Deutschen Reichsbahn vom 1. Juli bis 15. September ein neues  
Schnellzugpaar auf der Strecke Eger-Karlsruhe ein-  
führen, welches die überlieferten Schnellzüge Prag-Eger-  
Paris entlasten soll.

Randmord an einer Frau. In der Stadt Villeneuve  
im Departement der Gers wurde der Besitzer einer landwirt-  
schaftlichen Genossenschaft bei seiner Wirtin in die Werk-  
anlagen, wie plötzlich flammen aus dem Fenster seiner  
Wohnung schlugen. Er zerrümpelte die Küchentür und  
entdeckte seine Frau in einer Wundlade auf dem Boden  
liegend. Ihre Kleider waren bereits zum Teil verbrannt.

Am Hinterkopf hatte der hochbetagte Mann eine fast-  
bare Wunde, die mit einem schweren Gegenstand be-  
schlagen sein muß. Der Mörder scheint die Frau von hinten  
überfallen zu haben, doch muß ein Kampf stattgefunden  
haben, da man in der erkrankten Hand der Frau ein Haar-  
büschel fand. Nach der Urzeit hat der Mörder dann die  
Wohnung gequert und einen Geldbetrag von 10 000  
Franken an sich genommen.

Neue Wasserwärmungsgefahr in Südfrankreich. Die  
französische Öffentlichkeit wird durch neue Alarmmel-  
dungen aus dem Süden beunruhigt. Diesmal handelt es sich um  
die Pyrenäen-Gebiete, deren Lage noch den unaufrichtigen  
Regenfällen außerordentlich ernst genommen ist. Aus Pau,  
Bayonne und Tarbes liegen die schlimmsten Nachrichten vor.  
In der Umgebung von Tarbes sind bereits alle Straßen  
von Wasser bedeckt. In Tarcon bei Pau wurde ein Haus  
bereits völlig unter Wasser gesetzt. In Bayonne liegt das  
Wasser 1,50 Meter hoch in der unteren Stadt. Alle Ver-  
kehrsmittel sind bereits unterbrochen.

In Frankreich verhaftet. Auf Erlaß der deutschen  
Polizei in Paris verhaftete die französische Polizei den  
aus Frankfurt a. M. kommenden Kaufmann Karl von  
Hansen, gegen den aus Deutschland eine Anzeige wegen  
Unterjochung vorliegt.

Cavell-Film in Portugal verboten. Aus Portugal  
wird gemeldet, daß auf Erlaß der deutschen diploma-  
tischen Vertretung die portugiesischen Behörden die Auffüh-  
rung des englischen Films „Cavell“ verboten haben, in dem  
die Missetat des hiesigen Soldaten Cavell dargestellt wird.  
In dem Film wird die Erschießung der Kranken-  
schwester Edith Cavell dargestellt.

Das Spardisk im Geheimnis. Ein Arbeiter in der  
schwedischen Stadt Sundsvall fand im Geheimnis eines  
Schreibzimmers, den er vor 21 Jahren auf einer Vertiefung  
gekauft hatte, ein Spardisk, dessen Guthaben mit Zinsen  
rund 10 000 Kronen ausmachte. Die Bank hat sich bereit  
erklärt, den Betrag auszugeben.

Dreißer Schwind mit Erfolg. Am Neuport-Ver-  
sehungsbau trat ein Mann in einem Füllrad, wie es  
die Bantongelassenen zu tragen pflegen, an einen Wagen  
heran und schwindelte ihm für 85 000 Dollar (etwa 350 000  
Mark) Bantongelassen.

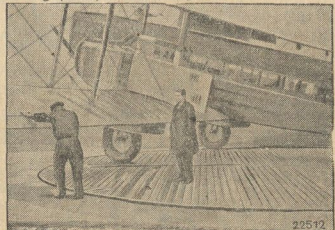
Deutsche Schiffe verließen norwegischen Dampfer. Die  
beiden deutschen Schiffe „Saxonia“ und „Saxonia“  
„Atlas“ aus Hamburg haben den 4500 Tonnen großen  
norwegischen Petroleumdampfer „Tiger“ auf der Fahrt  
von Neuport nach Norwegen im Atlantischen Ozean in  
Schlepplage genommen und abgezogen, nachdem er seine  
Steuerung verloren hatte und mehrere Tage hilflos umher-  
trieb.

Furchtbare Familien drama. Ein furchtbares Familien-  
drama ist in Vincennes aufgedeckt worden. Ein Ehe-

paar, das drei Kinder besitzt, geriet nach und nach in Schül-  
den. In der Nacht öffnete die verzweifelte Frau den Gas-  
hahn, und dann fand man die ganze Familie tot auf.

Frau Sanaat in ein Krankenhaus überführt. Frau  
Sanaat, die Besitzerin der „Gazette de France“, die  
bestimmlich seit vielen Tagen sehr krankheitsanfällig war,  
wurde in der äußersten Grad von Erschöpfung erkrankt  
hat, wurde jetzt nach langen Strahlen in ein Krankenhaus  
gebracht. Die Ärzte sehen alles daran, um Frau Sanaat  
zur Währungsaufnahme zu bewegen.

Belagungsauflösung auf einem französischen Ozean-  
dampfer. Wegen eines Konflikts zwischen der Belagung  
des französischen Ozeandampfers „Paris“ und der Schiffs-  
fahrtsellschaft Compagnie generale transatlantique mußte  
die vorgelegene Abreise nach Neuport verfallen werden.  
An der Fahrt nehmen 745 Passagiere teil.



Auf dem Flugplatz in Crodon bei London ist eine Dreh-  
schleife eingebaut worden, die zur Prüfung der in den Flug-  
zeugen eingebauten Kompaß dient. Die Drehschleife wird  
so weit gedreht, bis die Spitze des Flugzeuges nach Norden  
zeigt. Dann wird die Richtigkeit des Kompaßes geprüft.

Drei Jahre Zuchthaus für Bauwächter Schulz.

Berlin, 14. März. Das Schöffengericht Nichtenberg ver-  
urteilte den Bauwächter Schulz wegen Muthilfe und  
Sittlichkeitsverdens an seiner eigenen Tochter zu drei  
Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Georricht.

Reichspräsident von Hindenburg hat nach der Dringlich-  
keitserklärung der Youngkommission durch den Reichstag diese mit  
Ausnahme des Reichs-Hofmanns unterzeichnet.

Bei der Beratung des Reichstages kam es zu  
großen Meinungen im Reichstag, die sich gegen die Person des  
Reichsinnenministers Geering richteten.

## Eingefandt.

Auf der Straße von Neura nach Großmann, Wohlmittigkeit  
Wiese, Nichtenberg ist im Bereich ein Zustand, der nicht im  
Interesse der Sicherheit der Bevölkerung liegt. Mit Nichtenberg  
bedenke Luftschiffwagen fahren in der Dunkelheit ohne jede Be-  
leuchtung. Es glänze im Sinne aller Straßfahrer und Radfahrer  
zu sprechen, wenn die der Polizei die Bedeutung und Bekämpfung der  
obengenannten Fälle besonders empfiehe. Es fahren auch noch Nach-  
fahrer ohne das vorgeschriebene Rücklicht. Selbst bei guten  
Scheinwertern ist das vom nach hinten ausstrahlende Licht oft schwer  
rechtzeitig zu erkennen. Wie leicht kann ein Kraftfahrer auf dieses  
Licht auffahren. Die Folgen wären für den Verkehr sehr nachteilig,  
auch, wie in anderen Gegenden, die Vermeidung der Gefahr ist nicht  
nur der Wagen, sondern auch das Ende der Leberung geltend be-  
trachtet oder bei Tage durch ein rotes oder weißes Licht von ge-  
nüglicher Größe kenntlich gemacht wird.

Paul Wolfers, Kraftfahrer, Großmann.

Der hiesige Nummer des „Neuraer  
Anzeigers“ liegt für die Zeit in Neura eine Stellung der Firma  
Gitz, Bahr & Co., Aumburg a. d. S., bei, auf die hierdurch  
besonders hingewiesen ist. Die Firma unterhält ein großes Lager  
in Lefer, Gerden und Gutzwaren und gewährt beim Kauf bequeme  
Zahlungsbedingungen.

## Spiel und Sport.

### Neuraer Sportvereinigung von 1924.

Am morgigen Sonntag haben wiederum zwei Gesellschafts-  
spiele auf unserem Sportplatz statt. Diesmal ist der Sportverein  
1922 Groß-Karlsruhe mit dem Vize-Vereine und III. Herrenmannschaft  
nach hier verkehrt. Die Mannschaft ist uns bisher mit als leicht-  
athletisch bekannt. Die Fußballmannschaften dieses Vereins waren  
noch im Jahre der N.S.B. Wie wir hören, soll Groß-Karlsruhe über  
eine ausgezeichnete Meisterschaft verfügen, welche im „Saale-  
Gau“ mit zu den führenden Vereinen der Meisterschaft ist.  
Vorhergehenden Spiele sieht Neura II. Herren auf die III. Gf. des  
Sportvereines Karlsruher. Neura wird zum Sonntag wieder ihre hässliche  
Gef. zur Stelle haben und den Kampf gegen die Vereiner des Sports-  
verein 1922 Karlsruher mit folgender Mannschaft bestreiten:

### Reinhold

Berner II. Scholz, Stübner, Einger, Krenemann II.  
Giesewetter, Gang, Berner I. Ringe, Körner.

Wir wollen hoffen, daß diese Gef. den Kampf nicht so leicht nimmt  
und gleich zu Anfang voll aus sich herausgeht. Die letzten Spiele  
haben bewiesen, daß auch Neura jetzt über eine ausgezeichnete erste  
Mannschaft verfügt. Wir wollen daher hoffen, daß das Spiel  
wieder seinen Höhepunkt erreicht und wiederum eine Anzahl Sports-  
anfänger dem Kampf behilfen.

Die zweite Mannschaft der Neuraer Sportvereinigung wird  
mit folgender Gef. aufwarten: Pfeffer, Kraut, Berner, Krenemann II.,  
Gebarth, Weingart, Ziemer, Ritz, Giesewetter, Weitz, Kahl. Das  
Spiel der I. Mannschaft leitet ein Unparteiischer vom B. F. W. Wern,  
während das Spiel der zweiten Mannschaft unter der Leitung des  
hiesigen Schiedsrichters Böfinger leitet. Als Linienrichter fungieren:  
Wagemann, Ranzig, Wierl und Lindner.

### Kirchliche Nachrichten

#### Reminiscere, Sonntag, den 16. März 1930.

#### Volkstrauertag.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst in der Kirche. Predigt über  
Jeremia 8, 22-28.

11 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindeaal.  
12 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.

13 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
14 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
15 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
16 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.

17 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
18 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
19 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
20 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.

21 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
22 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
23 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
24 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.

25 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
26 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
27 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.  
28 Uhr: Kindergottesdienst im Gemeindeaal.

## Frangzösische Schlappc in London.

Frangzösischc Sicheheitswünsche werden abgelehnt.  
London, 13. März.

Stimons Erklärung, daß die Teilnahme der Vereinigten Staaten an irgendeinem Sicheheitspakt ausgeschlossen sei, wird in London allgemein als endgültige Ablehnung der frangzösischen Wünsche für einen Amerikaner angesehen. Die unpopuläre Aufnahme einer ähnlichen frangzösischen Forderung in Washington bei den Verhandlungen für den Kelloggpaakt war darauf zurückzuführen, daß damals die Verhältnisse wesentlich anders waren. Die Uebnahme einer Verpflichtung, wie sie Frankreich verlangt, würde, wie der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, nach amerikanischer Ansicht im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß Amerika in die gleiche Lage käme, in der sich die britische Regierung bei Kriegsausbruch befand, nämlich, daß es eben so wie England ohne einen formellen Vertrag, aus moralischen Gründen eine Unterstützung Frankreichs auf ein entsprechendes Ersuchen hin nicht vermeiden könnte.

Die Verbindung zwischen Sicheheit und Abrüstung ist später Genfer Abrüstungsverhandlungen wird auf englischer Seite abgelehnt. Aus diesem Grunde ist man bei der englischen und der amerikanischen Abrüstung keineswegs so hart an der Einberufung einer Vollziehung der Flottenkonferenz interessiert wie Briand, der die frangzösische Auffassung vor aller Welt darlegen will.

Die Beziehungen zwischen Briand und Grandi, die erste Zusammenkunft der beiden Außenminister unter vier Augen, wird in Zusammenhang gebracht mit der veränderten Lage infolge der englisch-amerikanischen Ablehnung der frangzösischen Sicheheitswünsche. Die Verbindung erwies sich aber als wenig ergebnisreich und schwierig, da die beiderseitigen Verhandlungen in den letzten Monaten die Bewegungsfreiheit der Außenminister stark gehemmt haben.

### Briand ohne Interesse.

London, 14. März.

Die Führer und Mitglieder der Flottenabordnungen der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens legten die am Montag begonnene Verhandlung auf Grund der inzwischen erfolgten Beziehungen zwischen dem frangzösischen und englischen Marineminister und ihren Sachverständigen fort. In den Verhandlungen ging es darum, einen Ausgleich zwischen den von England und Frankreich vorgelagerten Zahlen für die einzelnen Schiffsklassen zu finden und insbesondere festzustellen, welche Stärke die beiderseitigen Flotten unter Voraussetzung gewisser Bestimmungen im Jahre 1935 haben würden. Diese techni-

### Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Sozial- und Mehreinkommen-Unterstützungen für den Monat März erfolgt am Montag, den 17. d. Mts., von 11 Uhr ab in der Stadtkasse.  
Nebr., den 14. März 1930.

Der Magistrat, Weig.

### Deutscher Landarbeiterverband Zahlh. Nebr.

Zu unserem am Sonnabend, den 15. März 1930 im „Preußischen Hof“ stattfindenden

## Vergnügen

Theater und Ball

besuchen wir die Gimmohner von Nebr. u. Umgegend herzlich ein.

Zur Aufführung gelangt das Volksdrama:

Wenn Du noch eine Mutter hast . . .

Kasseneröffnung 7 Uhr . . . Anfang 8 Uhr  
Eintritt 60 Pfa.

## Stadt-Theater Preuß. Hof

Sonntag, den 16. März, abends 8 1/2 Uhr

## Jenseits der Straße

ferner

## Zar und der Dichter

Es ladet freundlichst ein Vorwardt.

### Aufklärung an den Mittelstand!

Die sicherste Anlage für Spareinlagen ist das

## Sparbuch

bei einer mündelsicheren öffentlichen Sparkasse.

Wer RM. 84.- auf ein Sparbuch einzahlt,

erhält nach 3 Jahren RM. 104.35.

Bei Höchstverzinsung erhöht sich noch der Gewinn.

Die Spareinlagen

fließen in Form von billigen kleinen und kleinsten Darlehen an den um seine Existenz schwer ringenden

Mittelstand.

Sparer, denkt an die örtliche Notlage!

Unterstützt durch Eure Einlagen bei uns die heimische Wirtschaft!

Stadtparkasse Nebr.

Ohne Reklame kein Geschäft!

ichen Arbeiten erwieien sich als ungemein schwierig und undurchsichtig.

Briand setzt sich bei Ablehnung seiner politischen Forderungen häufig intellektuell und bringt den größten Teil des Tages auf einer Vergnügungstour auf der Themse zu. Daß eine Abhaffung der H-Boote erzielt werden kann, hofft man kaum mehr.

### Schlechte Aussichten für Lardieu

Er wurde auch im Finanzauschuss überfimmt.

Paris, 13. März.

Der Finanzausschuss der Kammer beschäftigte sich mit der von der Regierung erbetenen Eröffnung von Krediten für die in das Kabinett neu eingetretenen Unterstaatssekretäre.

Nach eingehender Aussprache wurden diese Kredite mit 14 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Beratungen wurde eine Entschließung des sozialistischen Abgeordneten Vincent Aurioi angenommen, die eine Ergänzung des Gesetzes vom Juni 1920 bezweckt und zum Ausdruck bringt, daß die Zahl der Minister und Unterstaatssekretäre in einer frangzösischen Regierung niemals 25 übersteigen dürfe.

### Das „Schö de Paris“

wendet sich energisch gegen die Zurückweisung der verlangten Kredite und beklagt die im Finanzausschuss, Parteipolitik zu treiben. Die Generaldirektorin der Woll- und Garbepelzwaren benutzte ihre Stellung, um ihren persönlichen Vorzug gegen die Regierung darzulegen, weil es ihnen nicht gelingen sei, einen kleinen Posten im Kabinett zu erhalten.

### Nuntius Orsenius beim Papst

Stadt des Vatikan, 14. März.

Der Papst empfing in besonderer Audienz den apostolischen Nuntius in Berlin, Monsignore Orsenio, ehemaligen apostolischen Nuntius in Budapest, der demnächst nach Berlin in abreisen wird, um sein Amt zu übernehmen. Der Papst hat ferner den Kardinal Frühwirth empfangen.

### Bermischtes.

Wenn man die falsche Verbindung hat . . . Folgende trostliche Wiederbegrüßung eines (um minderen hübsch erzuenden) fernmündlichen Gesprächs ist mitgeteilt: „Hier ist Frau L., Berufsweg 12. Können Sie mir etwas Ruchen schnell herüberbringen?“ — „Aber gewiß, gnädige Frau. Was darf es sein?“ — „Gott, ich weiß selbst nicht.“

Am Trauerfsonntag, den 16. März 1930 findet in dem Saale des **Hotel Zur Burg** ein dem Tage sich anpassendes **SALON-KONZERT** statt. — Geringe Eintrittspreise: Anfang 8 Uhr. Es ladet freundlichst ein **Möder. Stein.**

**Wolko-Schuhe**  
verlangen. Vom Augenblick des Anprobierens an werden Sie sagen: „da und keinen anderen.“ So bequem sitzen WOLKO-Schuhe und sind dabei so strapazierfähig, so kleidsam und so billig.

8.75  
10.75  
12.75  
14.75

ALLEINVERKAUF:  
**Herm. Sachse** Schuhmachermeister  
Ein Wolko-Schuhastimmergut!

**Stellen-Anzeigen**  
für den  
„Personal-Anzeiger des Daheim“  
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Preisnachschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu bezahlen. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zu hohen, aber ganz Deutschland gehenden Aufträgen und der zuverlässigen Aufrechterhaltung wieder; sie betragen gegenwärtig nur 100 Pfa. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Pfa. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Pfa. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig anzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Krefeld.

habe, was recht fröhlich.“ — „Wir führen nur fröhliche Ware, gnädige Frau!“ — „Ja, ja, fröhlich was empfinden Sie denn?“ — „Soll es etwas Mächtigendes sein?“ — „Ja — wa — was lagen Sie? Mächtigend?“ — „Freilich! Damit sie reichlichere Milch geben!“ — (Frau U aus der Barflokze verweist „sie“ mit großem S gefolgt und in einer Dinnacht nahe.) „Damit ich — aber das ist ja unerbittlich, Fräulein! Eine solche Unerschämtheit! Sie wissen gar nicht zu wissen, mit dem Sie sprechen. Rufen Sie mir mal Herrn L. an den Apparat!“ — „Bedauere, gnädige Frau, ein Herr L. ist nicht in unserem Hause beschäftigt.“ — „Was? Ja, ich denn dort nicht die Feinbäckerei?“ — „Nein. Gnädige Frau sind ansehend falsch verbunden. Hier ist die Futterhandlung.“ — „Ach, da habe ich wohl die falsche Nummer genannt. Trotzdem, eine solche Frechheit —!“ Sie hängt den Hörer ein.

Der Gegesung von Rems „Krieg“. Die frangzösische Ausgabe des deutschen Frontbuchs „Krieg“ von Ludwig Renn hat, wenige Wochen nach Herausgabe, bereits eine Auflage von 115.000 erreicht, ein Erfolg für ein deutsches Buch, der auf dem frangzösischen Büchermarkt als außerordentlich anzusehen ist. Das Werk hat auch in den übrigen 17 Ländern, in denen es überlegt vorliegt, bisher überdurchschnittlich hohe Auflagesiffern zu verzeichnen. Auslandsausgaben erschienen in Amerika, Bulgarien, Dänemark, England, Holland, Italien, Lettland, Norwegen, Polen (polnisch und jidisch), Portugal, Rußland (russisch, ukrainisch, grunisch), Schweden, Spanien, Tschechoslowakei (jhdjtschj und slowakisch), Ungarn. In Deutschland allein sind bis heute 150.000 Stück verbreitet.

Kaßen-Schickal. Die Volizei in Dösch in Sachsen ist auf eine geradezu geniale Idee gekommen, um die Käsen von der Jagd auf Vögel fernzuhalten. Sie hat nämlich eine Verordnung erlassen, wonach die Käsen in der Zeit von Anfang März bis Ende Oktober ein Holzgitter um den Hals gehängt wird, damit ihnen das Klettern auf Bäume unmöglich gemacht wird. Die Döschger Käsen werden also vor ihren anderen Artgenossen den Vögeln im Sommer mit einem hübschen Gitterchen unzugänglich gemacht. Es fragt sich allerdings, ob das noch viele sein werden, denn die Stadtverordneten beschließen zur Fälligkeit des leer gewordenen Stadtkassens die Einführung einer Käsensteuer, die — man gewöhne sich in Steuerfragen allmählich das Satunen ab — für jede dritte gebaltene Käse nicht weniger als 30 Mark beträgt. Für jede folgende wird immer das Doppelte verlangt. Da sind sich natürlich auch manches Köhler der famosen Gitterchen nicht erfreuen können, weil es inzwischen einem heißen Tod anheimgefallen sein wird.

**Sommer-Sprossen**  
auch in den hartnäckigsten Fällen, werden in einigen Tagen unter Garantie durch das erste unschädliche Leimverleimungsmittel „Waus“ (Stärke B) beseitigt. Feine Schälter. Preis RM. 2.75. Eigen Bietet. Vertreter (S. A.)  
In Krefeld: Apotheke S. Ulrich  
In Scha: Wdr.-Procurie W. Gutschmuths

**N. S. V. 24**  
Sportplatz unterhalb der Altenburg  
Sonntag, den 16. März 1930  
N. S. V. 24 / S. S. 22 Gr.-Klasse  
I. Herren / S. S. 22 Gr.-Klasse  
N. S. V. 24 / S. S. 22 Gr.-Klasse  
II. Herren / S. S. 22 Gr.-Klasse  
Anloß 3 Uhr  
Anloß 1 1/2 Uhr.

**Drucksachen**  
liefert prompt und preiswert die  
aller Art für alle Geschäftszwecke für jeden Privatbedarf in besten Ausführungen

**Buchdruckerei Wilh. Sauer**

**Delhagen & Klafings**  
Monatshefte  
Deutschlands schönste illustrierte Monatschrift  
Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.

Der geistig bewegliche Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben. Messen vornehmender Erzähler sind die zur Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen. Schönster Schmuck der Hefte: herrliche Wiedergaben nach Bildern der Kunst in Deutschland. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit.

Das Paus in dem Delhagen & Klafings Monatshefte gelesen werden, ist eine Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig 6 1 überfendet auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfa. in Marken für Porto - Kostenlos ein vollständiges Heft (Juni 2.40) als Probeheft.

# Nebröer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpchen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.  
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf., Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebrö — Bankverein Artern.

Nr. 32

Sonnabend, den 15. März 1930

43. Jahrgang

## Sindenburg unterzeichnet Youngplan . . .

Die Younggelei im Reichsstat für dringlich erklärt.

— Berlin, 14. März.

Im Reichsstat wurde ein dringlicher Antrag, gegen die Younggelei Einspruch einzulegen, mit 42 gegen die 5 Stimmen von Preußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien abgelehnt. Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin enthielten sich der Stimme.

Ein besonderer Antrag Ostpreußen, gegen das Polenabkommen Einspruch einzulegen, wurde mit 35 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur Pommern, Preußen, Brandenburg, Grenzmark, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Rheinprovinz, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin, während sich Niederösterreich, Bayern, Sachsen, Oldenburg und Bremen der Stimme enthielten.

Auf preussischen Antrag beschloß dann der Reichsstat mit 42 gegen 5 Stimmen, die Younggelei für dringlich zu erklären.

Dagegen stimmten wieder Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Thüringen, während sich Bayern, Sachsen und Mecklenburg-Schwerin der Stimme enthielten.

### . . . aber nicht das Polenabkommen.

Reichspräsident von Hindenburg hat das ihm vorgelegte Saager Vertragsabkommen unterzeichnet bis auf Teil 10, der das Polenabkommen behandelt. Dieser Teil soll zunächst noch einmal einer verfassungsmäßigen Prüfung unterzogen werden. Wie verlautet, soll es sich hierbei jedoch nur um eine formale Angelegenheit handeln.

Reichspräsident von Hindenburg wird sich voraussichtlich Anfang nächster Woche Vortrag über die Frage halten lassen, ob der Teil des Saager Vertrags, der das Polenabkommen enthält, verfassungsändernden Charakter hat. An diesem Vortrag werden neben dem Reichskanzler Müller und dem Reichsjustizminister v. Guérard voraussichtlich auch die Staatssekretäre im Reichsjustizministerium und im Reichsinnenministerium teilnehmen, sowie der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Gauß.

## Sindenburg an das deutsche Volk.

— Berlin, 14. März.

Reichspräsident von Hindenburg gibt folgendes bekannt: Während des Kampfes um Annahme oder Ablehnung des Youngplans sind mir von Verbänden, Vereinen und Einzelpersonen viele Hundert von Zuschriften zugegangen, die, von Sorgen für die Zukunft unseres Vaterlandes erfüllt, mich in dringenden Worten baten, das Zustandekommen des Youngplans durch die Verwirklichung meiner Unterschrift unter die Gelei und Ratifikationsurkunden zu verhindern. Da ich mich mit allen denen, die sich teils mit kurzen Protesten, teils mit langen Ausführungen an mich gewandt haben, nicht einzeln auseinandersetzen kann, gebe ich nachstehend meine Antwort auf diesem Wege.

Schmerz, aber leiten Herzen habe ich nach reiflicher, gewissenhafter Prüfung die Veranlassung zu meinem Bescheid unterschieden. Nach Würdigung von Vorwürfen und Gegnern des Planes, nach sorgfältiger Abwägung des Für und Wider bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß trotz der schweren Verletzung, die der Neue Plan dem deutschen Volke auf lange Jahre hinaus auferlegt, und trotz der großen Bedenken, die gegen manche seiner Bestimmungen erhoben werden können, der Youngplan im Vergleich zum Dawosplan eine Besserung und Entlastung darstellt und wirtschaftlich und politisch einen Fortschritt auf dem schweren Wege der Beseitigung und des Wiederaufbaus Deutschlands bedeutet. Zu einer Ablehnung konnte ich mich im Gefühl meiner Verantwortung für Deutschland und seine Zukunft nicht entschließen, da die Folgen einer solchen für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen unabweisbar sein und schwere Kräfte mit allen ihren Kräften für unser Vaterland binden würden. Ich bin mir durchaus bewußt, daß auch die Annahme des Youngplans uns nicht von allen Sorgen für die Zukunft befreit; aber ich glaube trotzdem zweifelsfrei, daß der nunmehr eingeschlagene Weg, der dem befestigten deutschen Gebiet die langjährige Freiheit und uns allen die Erwartung weiterer Fortschritte gibt, sich als der richtige erweisen wird.

Viele der Zuschriften haben in wohlmeinender Absicht an mich persönlich die Bitte gerichtet, meinen, des früheren Reichspräsidenten, Namen nicht dadurch vor der Gelei zu verbandeln, daß ich mit ihm diese Gelei bede. Hierauf erwiedere ich:  
Ich habe mein Leben in der großen Schule der Völkerverständigung, in der allen Reinen, verdrückt und hier gelernt, stets ohne Rücksicht auf die eigene Person meine Pflicht gegenüber dem Vaterland zu tun. Deshalb habe bei meiner Entscheidung jeder Gedanke an mich selbst vollständig zurückzutreten. So konnte auch der Gedanke, durch einen Volksentscheid oder meinen Willkür die Verantwortung von mir abzugeben, bei mir nicht Boden finden.

Der parlamentarische Kampf um die Younggelei ist mit deren Verkündung im Reichsgeleiblatt zu Ende; damit muß nun auch im deutschen Volk der Streit um diese Frage beendet sein, der bis jetzt neue Gegenstände hervorgerufen und die von mir jetzt so schmerzlich empfundene Verantwortlichkeit in unfernen schwergeprüften Vaterlande fast erweitert hat.

Ich richte daher an alle deutschen Männer und Frauen die erste Mahnung, sich ihrer Pflichten gegenüber dem Vaterlande und der Zukunft der Nation bewußt zu sein und sich nun endlich unter Ueberwindung des Trennenden und Gegenfälligen zusammenzufinden in gemeinsamen Wirken für unsere Zukunft, in der es wieder ein freies, geeintes und starkes deutsches Volk geben soll. Die politischen Auseinandersetzungen und Kämpfe der letzten Monate müssen nunmehr einer entschlossenen praktischen Arbeit Platz machen, welche die Befestigung unserer Finanzen, die Beseitigung unserer gesamten Wirtschaft und damit die Beseitigung der ungesunden Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt die Förderung der schweren Lage der deutschen Landwirtschaft und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität zum Ziele haben muß.

Ich habe der Reichsregierung die Erledigung dieser Arbeit in einem Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom heutigen Tage zur Aufgabe gestellt und fordere hiermit gleichzeitig alle Deutschen auf, sich bei der Grenze der Parteien hinaus zur gemeinsamen Mitarbeit die Hände zu reichen. Vor halb 60 Jahren habe ich bei der Reichsgründung den Jubel mit erlebt, der das gesamte deutsche Volk über seine endlich erreichte Einigung befestigte; ich kann mir nicht denken, daß dieser Geist dahingeshwunden ist und dauernd innerpolitischer Zwietracht Platz gemacht hat. Wir müssen uns trotz und wegen der Not der Zeit auf uns selbst verlassen und wieder eins werden in dem Bewußtsein:  
Deutschland über alles!

— von Hindenburg.

## Der Kanzler spricht.

Youngplan mit 270 Stimmen angenommen.

— Berlin, 13. März.

Am Regierungstische: Reichskanzler Müller und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht

die dritte Beratung des Youngplans

und der damit verbundenen Gelei. Von den Kommunisten ist ein Antrag eingegangen, die Verkündung der Younggelei für zwei Monate auszusetzen.

Das Wort nimmt sofort

Reichskanzler Müller.

Die Annahme des neuen Planes steht heute zur Entscheidung. Bei den langwierigen Verhandlungen um dieses Wert war für Deutschland die Beseitigung der Rheinlande sowie die Neuordnung der Reparationsfrage das Ziel. Die Reichsregierung leitete sich auf fast bei Beginn der dritten Beratung nachdrücklich für eine gleichzeitige Verabschiedung aller dieser Geleis voran. Er hat in seinem Stadium der Verhandlungen ein Ziel daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkraftsetzung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Ueberzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückblieben, und daß die Kritik in manchen Kreisen leider beständig ist. Nachfolgendes muß für uns aber bestehen, ob das Ergebnis als ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht.

Die Reichsregierung erklärt mit voller Ueberzeugung, daß sie in der Neuordnung einer Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblickt.

Die Regelung der Reparationsfrage, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Saager Abkommen Deutschland Aufschüttungen auferlege, die den Sachverständigenplan selbst nicht vorseh, nämlich die rund 400 Millionen aus der Uebergangszeit, den Gegenwert für das verlorengegangene Staatsvermögen in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Wertstellungen über die Annahmen der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Der Youngplan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Zahlereleitungen abzulehnen. Zu den Beträgen aus der Uebergangszeit hat der Youngplan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegnerlichen Sachverständigen schon damals Deutschland das Recht auf die Uebertrittsrechte bestritten und die Sachverständigen sich deshalb nicht einigen konnten.

Die Verträge, die Deutschland auszusprechen mußte, haben ihre Grundlage in einer Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigermächtigen, der deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegenzusetzen konnten.

Auch die Zahlungen auf die belagerten Markforderungen sind keine Zahlstellungen. Die Sachverständigen mussten selbst den belagerten Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichts nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehelicher Ueberzeugung die Umwürden des Young-Planes prophesieren.

Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der ausdrücklichen Bereitwilligkeit, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit

ist Selbstverantwortung, auch für die Uebertragung der Reparationszahlungen an das Ausland.

Alle Mißverständnisse und Zweifel in der Sanftionsfrage

sind unbegründet. Durch die Beseitigung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanftionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist vor der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden.

Die Nennung der belagerten Gebiete

ist mit der Annahme der vorliegenden Gelei geknüpft. Erhöhen wir den Wert des Rheinlandes, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begreifen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Bedauerlich bleibt allerdings, daß

die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Walf bald die des Saargebietes folgen wird.

Sanierung der Finanzen.

Vor allen Dingen aber ist eine Sanierung der Finanzen und Raffinesse des Reiches, der Länder und Gemeinden die unerlässliche Voraussetzung für eine Mittelfrist zu geordneten Finanzverhältnissen.

Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparamkeit aufgestellt und durch sichere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundlag für den

Youngplan ist die Sanierung der Finanzen in fünfzig nur in Deckung festlich. Erst dann wieder der alte ererbte Mittel

des neuen Planes ein, nicht so ein, die Regierung mit der Sozialpolitik Neue reich wird

Häufiger Nahrungs- kommt die Pro- die Ernährung in die Koggen- ande verbrauchen Seiens einträglich- Jahre erreicht.

gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nur zustimmen, wenn England den neuen Plan ablehnt nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Befürwortung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands beauftragt, aber die Stellung ausgeprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Abgeordneter Dauch (D. Vp.)

verweist auf die Erklärung in der Reichstagsrede, daß die Regierung mit allen Mitteln ausgerüstet sei, um Aufhebungen von rechts oder links zu begegnen. Das könne doch nur bedeuten, daß die Regierung den Entwurf des neuen Republikansgesetzes zurückziehen wolle. (Seitens rechts.) Wir begreifen mit großer Freude die Befreiung des Rheinlandes, aber wir begreifen nicht die immer wiederholte Erklärung der treuen thüringischen Bevölkerung, daß die Befreiung nicht erlaubt werden soll durch neue Ketten und neue Lasten. Wir begreifen auch nicht, daß die Befreiung des Saargebietes mit seiner treubehenden Bevölkerung noch nicht erreicht ist.

Abgeordneter Rastka (Dnkt.)

Das Verhalten unserer Vertragsgegner erinnert uns an den Buhesparagaphen des deutschen Strafgesetzbuchs. Danach treibt Bürger, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unerbahrenheit, des Verfallsins

Das Verhalten unserer Vertragsgegner erinnert uns an den Buhesparagaphen des deutschen Strafgesetzbuchs.

Danach treibt Bürger, wer sich einen einseitigen Vorteil durch die Ausbeutung der Unerbahrenheit, des Verfallsins

